# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Bei der Post bezogen vierteljährl. M. 2.70, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telephon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telephon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 76. | Dresden, Freitag den 2. April 1909. | 20. Jahrg.


## Die Notbrücke.

Mit der Reichsfinanz„reform" dürfte es sich so ein, wie wir es sogleich unter dem Eindruck der Reichstags- vom letzten Dienstag voraussahen. Aus dem Lärm der üderlichen Redeschlacht erklang die verhaltene Sehnsucht, einander wieder zu nähern und gemeinsam das große ft zu erledigen. Es fragt sich nur, wer dabei den andern sten übervorteilt. Die Liberalen, insbesondere die Frei- n, sind von vornherein die Blamierten; sie haben die ligung von 400 Millionen indirekter Steuern von vorn- zugestanden, und sie sind damit zu Gefangenen der rvativen geworden. Diese haben weit schlauer operiert. aben die Nachlaßsteuer als ein unerträgliches Opfer aus- en und sie werden durch den Schein der hartnäckigen rung und durch die Drohung, mit dem Zentrum zusammen- n, es schließlich dahin bringen, daß der mannhafte unent- Liberalismus auch die einzige winzige Besitzsteuer not verstümmeln läßt und schließlich auch die Branntweinliebes- um guten Teil darauf gibt. Es wird jetzt — und in den n Osterfesttagen soll der Schacher fortgesetzt werden — daran ttet, daß die Konservativen einen Rest an Besitzsteuer in einer Erbanfallsteuer, daß andrerseits die Liberalen die Liebesgabe an die Brenner oder doch einen guten Teil auf den „Altar des Vaterlandes" niederlegen. Es soll, wie erale Korrespondenz es nennt, eine Notbrücke zwischen ndlich-freundlichen Blockgesellen geschlagen werden.

Die genannte Korrespondenz beantwortet die Frage: „Macht e Block die Finanzreform?" wie folgt:

„Eine kleine Verbesserung der Situation mag man darin finden, ie Freikonservativen sich der Auffassung der Liberalen annähern, daß der konservative Vertreter v. Richthofen eine gewisse Zurück- g beobachtet hat. Dagegen ist das Zusammenarbeiten zwischen rvativen und Freisinnigen durch die sehr scharfe Aussprache erleichtert, welche zwischen den Abgeordneten v. Richthofen und denburg einerseits und den Abgeordneten Wiemer, Haußmann Mommsen andrerseits stattgefunden hat.

Zwischen den Anschauungen der Konservativen und der Frei- n ist ein tiefer Abgrund, der nicht ausgefüllt und auch nicht rhaft überbrückt werden kann. Ob es möglich ist, für nanzreform eine Notbrücke herzustellen, hängt zum guten davon ab, ob sich der richtige Ingenieur dafür findet, d. h. ob gierung in richtiger Weise mitzuarbeiten versteht.

Ob zwischen den Anschauungen der Konservativen und Frei- ein tiefer und nicht dauernd überbrückbarer Abgrund s kann dem deutschen Volke äußerst gleichgültig sein, wenn großen Entscheidungen der praktischen Politik die beiden n sich auf der Notbrücke zusammenfinden zu gemeinsamer splünderung!

Die Deutsche Tageszeitung weiß folgendes über lanten „Ersatz der Nachlaßsteuer" mitzuteilen:

„Wie wir vernehmen, plant man jetzt, die Nachlaßsteuer durch Erweiterung der Erbschaftssteuer zu ersetzen. Die Erbschafts- soll ausgedehnt werden auf Erbschaften, die auf Kinder kinderlose Ehegatten übergehen. Nur die Erb- n sollen grundsätzlich freibleiben, die an solche Ehegatten fallen, Kinder haben. Nicht der gesamte Nachlaß soll besteuert werden, n der einzelne Erbanfall. Kleine Erbschaften sollen frei n. Ueber die Grenze der Steuerfreiheit sind noch keine Vereinbarun- getroffen worden. Es soll weiter dafür gesorgt werden, daß dasselbe bei sich wiederholenden Todesfällen nicht zu oft und nicht zu besteuert wird. Außerdem glaubt man in der Lage zu sein, die chtungen, daß die Steuer sehr bald erhöht und die Grenze der reiheit niedriger gesetzt werde, durch eine gesetzliche immung zu beseitigen. Es heißt, man wolle in ge- n Sinne ein Reservatrecht der Einzelstaaten n, d. h. eine etwaige Erhöhung der Steuer von der Zu- mung der einzelstaatlichen Volksvertretungen ängig machen."

Das wäre die abermalige Verkleinerung der kleinen Nach- r. Noch dazu mit der reizvollen Zugabe, daß eine re Erhöhung nie und nimmer erfolgen dürfe! eutschen Tageszeitung zwar erscheint auch diese Notbrücke tbar. Aber die Mehrheit der Konservativen wird froh nn sie mit einem derartigen oder ähnlichen Gesetz davon- Sie hätte dann einen vollen Erfolg ihrer Rebellion tragen.

Andrerseits sehen linksfreisinnige Blätter den nahenden der Freisinnigen. Die Berliner Morgenpost ganz zutreffend:

„Es scheint so, als wollten die Liberalen die Liebes- für die Nachlaßsteuer in Tausch geben. Damit dann die Konservativen erreicht, was für sie zu erreichen ch war, denn ihren Widerstand gegen die Nachlaßsteuer sie ohnehin mit Rücksicht auf die Stimmung in ihren en Kreisen aufgeben müssen. Es ist sogar nicht unwahrschein- daß der ganze Kampf um die Nachlaßsteuer, so fatal sie den tischen Steuerdrückebergern sein mochte, lediglich ein Schein- war zu dem Zwecke, für die Liebesgabe ein Austausch- zu schaffen.

Wenn die Liberalen sich zu diesem Handel herbeilassen, bleibt Block bestehen. Aber das Ansehen des Liberalismus tbet einen Stoß, der nicht mehr zu verwinden er Abgeordnete Haußmann hatte offenbar mit seiner un- lich scharfen Rede die Absicht, wenigstens dem Links- raus diesen Weg zu vernageln! Aber Herr Haußmann, klger Politiker er sonst sein mag, kennt eben nicht die hern, nach denen sich die politische Aktion der tischen Chorführer reguliert. Fürst Bülow, der der Lebensphilosophie, dem nichts Menschliches fremd ist, sich besser darauf, die Leute so zu nehmen, wie sie genommen werden müssen, und darum wird Bülow über Haußmann siegen.

Aber man verschone uns damit, wenn die Nachlaßsteuer kommt, und die Liebesgabe bleibt, von einem liberalen Erfolge der Blockpolitik zu reden. Zu jeder anderen Zeit, als die Politik sich noch nicht im Gegenspiel zweier zu einem künstlichen Block vereinten Gruppen vollzog, wäre eine Steuer wie die Nachlaßsteuer glatt durchs Ziel gegangen, weil ihre innere Gerechtigkeit den Sieg verbürgt. Die Blockpolitik hat es erst mit sich gebracht, daß alles Gerechte und Selbstverständliche, was dem Geiste einer fortschreitenden Zeit entspricht, mit hohen Preisen von der Reaktion erkauft werden muß, ungerechnet die moralische Einbuße, die der Liberalismus mit jedem Tage seiner Gebundenheit an die Blockkonstellation erleidet."

Freilich, eine Gewißheit dafür, daß der Block nach erfolgter Einigung auch die Kraft haben wird, seine Projekte durchzuführen, ist keineswegs gegeben. Mit einem gewissen Abfall von rechts und links wird zu rechnen sein, und dabei kann es passieren, daß sich die Blockmehrheit in eine Minderheit verwandelt. Das Zentrum wird daher für den äußersten Fall in Betracht bleiben. Bülow hat deutlich genug gezeigt, daß er schlimmstenfalles auch mit dem Zentrum die Steuersache fertig machen würde. Durch diese Drohung werden wiederum die liberalen Mannen sich zu noch größerer Willfährigkeit gezähmt erweisen.

•

Aus Stuttgart wird uns berichtet:

Die süddeutsche Volkspartei scheint in der Frage der Blockpolitik mit den norddeutschen Freisinnigen in Unstimmigkeiten geraten zu sein; darauf läßt schon der Vorstoß Konrad Haußmanns im Reichstage, besonders aber die kühle Aufnahme schließen, die seine Rede bei den übrigen Freisinnigen gefunden hat. In diesem Sinne schreibt auch am Donnerstag der Stuttgarter Beobachter, das Organ der württembergischen Volkspartei:

„Die Mehrheit der Freisinnigen will den Faden, der sie mit rechts verbindet, nicht zerreißen. Sie will an ihm sich weiterführen lassen. Aber die Blockabwendung, die Haußmann verkündet hat, findet in der Partei selbst und im Volke die weitestgehende lebhafteste Zustimmung. Das wird sich in bezug auf die deutsche Volkspartei nächsten Sonnabend bei der Sitzung des weiteren Ausschusses ergeben. Man ist besonders nach dem Verhalten der Konservativen nachgerade des schrecklichen und unverständlichen Spieles satt. Die Volkspartei wird dem Reiche gewähren, was das Reich braucht und was nach den Grundsätzen der Partei gewährt werden kann. Das muß aber künftig geschehen können ohne Rücksicht auf andere Parteien, einzig und allein der Notwendigkeit, der Zweckmäßigkeit und der eigenen Ueberzeugung gehorchend."

Die Einberufung des weiteren Ausschusses der Partei würde im gegenwärtigen Zeitpunkt wohl kaum erfolgen, wenn nicht beabsichtigt wäre, mit dieser Tagung eine Kundgebung zur augenblicklichen politischen Lage zu verbinden.

## Neue Tabaksteuerpläne.

Der in der erweiterten Ausschußsitzung des Deutschen Tabakvereins am 23. März im Savoy-Hotel, Berlin, mit 80 gegen 21 Stimmen gefaßte Beschluß: „dem Reichsschatzamt und der Finanzkommission den Vorschlag zu machen, 41 Millionen Mark neuer Steuern vom Tabak aufbringen zu lassen in der Weise, daß der Zollsatz für ausländischen Rohtabak, soweit er für Zigarren und Zigaretten Verwendung finden soll, von 85 M. auf 140 M., für Rohtabak zu Rauch-, Kau- und Schnupfzwecken von 85 M. auf 100 M., die Inlandsteuer für Zigarren und Zigarettentabak von 45 M. auf 75 M., für Rauch-, Kau- und Schnupfzwecke vom 45 M. auf 50 M. erhöht wird," ist schleunigst von dem freisinnigen Abgeordneten Mommsen und dem nationalliberalen Abgeordneten Dr. Weber zu einem Gesetzesvorschlag verarbeitet und bei der von der Finanzkommission gebildeten Subkommission eingereicht worden.

Die Sache ist schlau eingefädelt. Vor aller Welt werden die beiden Herren, welche die Vaterschaft für den Antrag übernommen haben, behaupten können, sie handelten im Einverständnis mit der Mehrheit der Industriellen. Nichts ist natürlich unwahrer als eine solche Erklärung; was bedeuten denn die Stimmen von 80 Großfabrikanten gegen mehr als 20 000 selbständige Betriebsinhaber in der Tabakindustrie? **Der Beschluß des Tabakvereins ist von den kleinen und mittleren Existenzen in der Zigarrenindustrie mit großer Empörung aufgenommen worden.** Der westfälische Tabakverein hat sofort in einer von 203 Mitgliedern besuchten Hauptversammlung einstimmig gegen den Beschluß des Deutschen Tabakvereins Stellung genommen. Die gewaltige Demonstration, welche kürzlich in Herford stattfand, beweist, daß ganz Westfalen sich zum Kampfe für seine Selbsterhaltung gegen den Tabakverein und seine liberalen Blockfreunde im Reichstag rüstet.

Wir haben schon früher auf den sich hinter den Kulissen abspielenden Kuhhandel aufmerksam gemacht und darauf hingewiesen, daß ein Teil der Großfabrikanten in seinem Interesse eine Zollerhöhung geradezu wünschte. Die Klinke der Gesetzgebung soll ihnen die Handhabe bieten, die kapitalschwachen Fabrikanten im Konkurrenzkampf zu vernichten. Einige Großfabrikanten haben, nachdem der Beschluß des Tabakvereins gefaßt war, sofort ihre Maßnahmen getroffen, um die kleinen und mittleren Existenzen an die Wand zu drücken. Die Produktion wird schon jetzt in wilder Hast gesteigert; den Kunden wird die Ware mit dem Hinweis auf die kommende Zollerhöhung geradezu aufgedrängt und, um ihnen die Abnahme der Waren zu erleichtern, der Kredit um Monate verlängert. Ein wahrhaft frevelhaftes Spiel mit den Interessen der gesamten Industrie hat begonnen. Die Sieger in dem entbrannten wilden Konkurrenzkampf werden die großen Kapitalisten sein. Wer nicht über gewaltige Kapitalien verfügt, kann dabei nicht mitmachen.

Die hauptsächlich Geschädigten aber werden die Arbeiter sein. Die Hauptkonsum-Zigarren, die 4-, 5-, 6- und 7 Pf.-Zigarren, werden von 16 bis 19 Prozent vom Kleinverkaufspreis belastet werden, während die Raucher der teuren Sorten mit einer geringen Mehrbelastung davonkommen.

Der Rückgang des Konsums muß ein enormer werden; dazu die jetzt von Großkapitalisten betriebene Ueberproduktion, die, selbst wenn eine Zollerhöhung nicht eintreten würde, infolge der Uebersättigung des Warenmarktes naturgemäß eine Geschäftsflaue nach sich ziehen muß.

In der kommenden Krisenperiode in der Tabakindustrie werden, genau wie nach 1879, die Arbeiter sich der Lohnreduktionen nicht erwehren können. Die vorgeschlagene Zollerhöhung bedeutet für die Arbeiter entsetzliches Unglück. Und wer sind die Personen, die ohne Rücksicht auf die Mittelstandsexistenzen und die Arbeiter in der Industrie Not und Elend über sie bringen wollen? Sind es Personen, die von dem kommenden Unheil keine Ahnung haben? Mit nichten, sie alle wissen, was kommen wird und muß.

Auf die Stellungnahme der liberalen Parteien zu der Zollerhöhung im Jahre 1906 haben wir wiederholt hingewiesen. Wenn man die Reden der liberalen Politiker im Jahre 1906 gegen die von der Regierung damals beantragte Zollerhöhung auf nur 125 M. pro Doppelzentner jetzt noch einmal durchliest, so fragt man sich, wie ist es nur denkbar, daß dieselben Personen sich heute für die weit beträchtlichere Zollerhöhung auf 140 M. erklären können?

Wenn irgend etwas das Ansehen des Parlamentarismus im Volke herabzusetzen imstande ist, dann diese Doppelzüngigkeit in bezug auf die Tabaksteuerfrage.

Durch die Finanznot des Reiches wird es niemals zu rechtfertigen sein, daß man über die Existenz von großen Massen deutscher Arbeiter einfach zur Tagesordnung übergeht.

Ein Staat, der, um seine Finanzen aufzubessern, 200 000 seiner Arbeiter zum Kulitum degradiert, hat aufgehört ein Kulturstaat zu sein.

•

### Prozentuelle Mehrbelastung durch die vorgeschlagene Tabak-Zollerhöhung.

Die namenlose Ungerechtigkeit, welche durch den Antrag Mommsen-Weber in der Belastung für die minderbegüterten Raucher bewirkt wird, illustriert am besten die nachstehende Tabelle:

| Kleinverkaufspreis pro 1000 Zigarren | Jetzige Belastung pro 1000 Zigarren | | Prozente vom Kleinverkaufspreis | Vorgeschlagene Belastung pro 1000 Zigarren | | Prozente vom Kleinverkaufspreis | Prozentuelle Mehrbelastung |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| M. | M. | Pf. | | M. | Pf. | | |
| 40 | 4 | — | 10,00 | 6 | 65 | 16,62 | 6,62 |
| 50 | 5 | 20 | 10,40 | 8 | 80 | 17,20 | 6,80 |
| 60 | 6 | 80 | 11,33 | 11 | 20 | 18,67 | 7,34 |
| 70 | 6 | 80 | 9,71 | 11 | 20 | 16,00 | 6,29 |
| 80 | 6 | 80 | 8,50 | 11 | 20 | 14,00 | 5,50 |
| 90 | 6 | 80 | 7,55 | 11 | 20 | 12,44 | 4,89 |
| 100 | 6 | 80 | 6,80 | 11 | 20 | 11,20 | 4,40 |
| 120 | 6 | 80 | 5,66 | 11 | 20 | 9,33 | 3,67 |
| 150 | 6 | 80 | 4,53 | 11 | 20 | 7,47 | 2,94 |
| 180 | 6 | 80 | 3,78 | 11 | 20 | 6,22 | 2,44 |
| 200 | 6 | 80 | 3,40 | 11 | 20 | 5,60 | 2,20 |
| 250 | 6 | 80 | 2,72 | 11 | 20 | 4,48 | 1,76 |

Wir fragen, welcher Reichstagsabgeordnete glaubt es angesichts der Tatsachen, daß Arbeiter und Mittelstand durch die von Mommsen und Weber beantragte Zollerhöhung mit 16 bis 19 Prozent vom Verkaufspreis belastet werden, die Besitzenden dagegen nur von 4 bis 10 Prozent, verantworten zu können, für die lediglich im Interesse des Großkapitals und der Besitzenden liegende Zollerhöhung stimmen zu können?!

## Reichstags-Arbeit.

Wenn der Reichstag nach seinen Osterferien wieder zusammentreten wird, so wird er mannigfaltige Aufgaben zu bewältigen haben. Zwar wird weder die Novelle zum Strafgesetz, die u. a. ein neues Ausnahmerecht gegen die Presse bringen soll, noch die soeben dem Reichstage zugegangene, in ihrem Inhalt schon bekannte und von uns besprochene Strafprozeßordnung überhaupt auch nur zur ersten Lesung gelangen, da die Finanzfrage bis Pfingsten hin die Zeit des Reichstages in Anspruch nehmen wird.

Die Novelle zur Gewerbeordnung steckt noch, abgesehen von dem vorwegerledigten Teil über die Arbeitszeit der Frauen, in der Kommission. Dagegen ist es gelungen, den Entwurf des Arbeitskammergesetzes soweit zu fördern, daß er zur Verabschiedung im Plenum bereit steht. Das Arbeitskammergesetz ist in der Form, in der es die Kommission verläßt, keine Blockfrucht, sondern es ist mit den Stimmen der Sozial-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090402/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG